

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Feiertag) und ist durch die Expedition, Johannistraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 60 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannistraße Nr. 48
Telegraphen Nr. 883.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgefassten Anzeigen oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., ausdrückliche Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, großzügig früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Freitag, den 18. Mai 1917.

24. Jahrg.

Unverstandene Zeichen der Zeit.

Im deutschen Reichstag war am Dienstag ein so gewaltiger Andrang zu den Tribünen, wie man ihn bisher kaum je erlebt hat. Doch nicht nur die Aufmerksamkeit der Leute, die im Kuppelsaal des Hauses im Königsplatz in Berlin zugegen sein konnten, war auf die dort gesprochenen Worte gerichtet, sondern Millionen Menschen in allen Ländern, vor allem natürlich in Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, erwarteten mit Spannung den Verlauf der Verhandlungen. Denn Schicksalsfragen der Völker sollten erörtert werden.

Nachdem die maßgebenden Körperschaften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren festen Willen kundgegeben hatten, mit aller Kraft für einen baldigen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen zu wirken, und nachdem die bevorstehende internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm, sowie ganz besonders der Sturz des Zarismus in Russland einen solchen Frieden in absehbarer Zeit als möglich erscheinen läßt, sind die alldemokratischen Eroberungspolitiker in eine blinde Wut hineingeraten, weil sie befürchten, daß die Verhunft, die 3 Jahren des Kriegswahnjähns weichen müßte; endlich wieder zu ihrem Recht kommen könnte. Maßlose Angriffe gegen die Sozialdemokratie und — gegen den Reichskanzler, von dem sie mit Recht annahmen, daß er nicht auf ihrem Standpunkt steht, zeugen davon.

Doch damit nicht genug. Die Herren hatten das dringende Bedürfnis, die Reichsregierung zu bewegen, möglichst weit von den Kriegszielen der Sozialdemokratie abzurücken. Auf diese Weise sollte dann zugleich die von einem kleinen aber sehr kapitalistischen und rüchtigen Kreise eifrig geförderte Propaganda für einen alldemokratischen Frieden gestoppt werden. Was war geeigneter als eine Intervention über die Stellung des Reichskanzlers zu dem Friedensbeschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses? Dazwischen die Regierung wegen ihrer Meinung zu Beschlüssen einzelner Parteien im Reichstag interpelliert, ist immerhin neu und ungewöhnlich. Klarheit über die Kriegsziele der Reichsregierung ist über der Sozialdemokratie, ja dem ganzen Volke, nicht minder erwünscht als den nationalistischen Heimvolkern. Deshalb richteten die Sozialdemokraten an den Reichskanzler die Frage, was er zu tun gedachte, um eine Einheitsfassung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der Friede in gegenseitigem Einverständnis ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen geschlossen werden kann.

Hierauf sollte in der Reichstagsitzung am Dienstag die Antwort seitens des Reichskanzlers gegeben werden. Ihr Inhalt konnte, ja mußte eigentlich von außerordentlicher Tragweite für Krieg und Frieden sein. Und daher die Spannung, mit welcher man diesen Verhandlungen entgegengesah.

Nun hat Herr v. Bethmann-Hollweg gesprochen, aber nichts von dem gesagt, was die Welt vernehmen wollte. Seine Rede brachte allen Enttäuschungen; sie vermittelte es peinlich, die gewünschte Klarheit über die Kriegsziele der Regierung zu geben. Er betonte zwar, daß zwischen Deutschland und seinen Verbündeten keine Meinungsverschiedenheiten in Friedensfragen bestehen, und diese haben sich bekanntlich für einen Frieden ohne Annexionen ausgeprochen, doch erklärte er nicht das gleiche wie sie. Der Reichskanzler lehnte auch die Aufforderung eines Eroberungsprogrammes ab, denn Eroberungsprogramme erleichtern nach seiner Auffassung den feindlichen Machthabern ihr trauriges Spiel mit den kriegerischen Völkern, — alldemokratische Eroberungspolitiker mögen sich das merken! — aber die sozialdemokratische Friedenspolitik ist ihm auch nicht recht. Dafür richtete er jedoch beachtenswerte Ausführungen an die russische Adresse, die aber an Eindruck verlieren, weil sie eben nicht allen gelten. So werden die Darlegungen Bethmann-Hollwags, die im Hinblick auf die Ereignisse in Russland und die daraus entspringenden Möglichkeiten die Friedensbewegung in den Völkern überall mächtig hätten kräftigen können, ohne ein Ergebnis bleiben. Die Zeichen der Zeit sind von dem leitenden Staatsmann Deutschlands nicht verstanden. Und das verläßt uns tief. Daß die Altdemokratie vielleicht am wenigsten Freude über Bethmanns Rede empfinden werden, bedeutet demgegenüber nicht viel.

Wertlos sind jedoch die ganzen Verhandlungen, die am Dienstag im Reichstag über die Kriegsziele gepflogen wurden, nicht. Sie haben eine vernichtende Abrechnung der Sozialdemokratie mit den unverantwortlichen eroberungslustigen Gewaltpolitikern gebracht, die in weiten Kreisen einen starken Widerhall gefunden hat und die auch im Auslande nicht ohne Wirkung bleiben wird. Und dann zeigte es sich, daß nur verhältnismäßig recht kleine Kreise innerhalb und außerhalb des Reichstages hinter den Friedensverlängern den Annexionen stehen. Es ist immer gut, wenn das wieder einmal festgestellt werden kann, denn diese Leute besitzen häufig die Unverfrorenheit, sich als die Meinungsträger des Volkes aufzuspielen, wozu ihnen jede Berechtigung fehlt.

Die Ereignisse in Russland.

In der deutschen bürgerlichen Presse wird von einem sich immer mehr verwirrenden Chaos in Russland geschrieben aufgrund der mancherlei Ereignisse, die sich dort in den letzten Wochen vollziehen. Dem aufmerksamen Beobachter kann jedoch kaum verborgen bleiben, daß es sich um eine fortlaufende Klärung der russischen Verhältnisse handelt. Die provisorische Revolutionsregierung war in ihrer bürgerlichen Mehrheit noch von kapitalistisch-imperialistischen Gedankengängen beherrscht, die in dem Besieben nach Fortsetzung des furchtbaren Krieges „bis zum Endesiege“ ihren Ausdruck fanden. Damit drohte jedoch dem Bestande der jungen Demokratie in dem ungeheuren Reiche immenste Gefahr. Und der Festigung dieser Gefahr folgen nach unserer Auffassung vor allem die Beschlüsse des Arbeiters- und Soldatenrats dienen, die augenscheinlich eine Vorbereitung für die Wiederherstellung des Weltfriedens sind.

Die Umbildung der Regierung, vor allem die Entfernung der Kriegstreiber aus derselben oder wenigstens ihre Kaltstellung war dazu notwendig. Und die ist nunmehr erfolgt. Gutschow, der Kriegsminister, mußte gehen. Ihm folgt jetzt der älteste Gegner eines Verständigungsfriedens, der Außenminister und zugleich die stärkste Stütze der Alliierten in Russland, Miljukow. Mit ihm sind auch eine Anzahl kriegsruhmüchter Generale in der Versenkung verschwunden. Nicht minder wichtig ist aber auch der Beschuß des Arbeiter- und Soldatenrats, an der Regierung teilzunehmen. Mit den Sozialisten zieht das starke Friedenselement in die Regierung ein. Die Folgen werden sich hoffentlich bald bemerkbar machen. Es ist nur dringend zu wünschen, daß sie auch in den anderen gegnerischen Ländern die entsprechende Anwendung bringen möchten. Wer allerdings glaubt, daß die russischen Ereignisse den Plänen der alldemokratischen Erdberungspolitiker förderlich sind, befindet sich schwer auf dem Holzweg.

Wir lassen nunmehr aus der Fülle der vorliegenden Nachrichten die wichtigsten folgen:

Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Nachdem die vorläufige Regierung die Bedingungen erörtert hat, unter denen die Vertreter des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten einwilligen in das Recht einzutreten, und wie in unserem Telegramm vom 15. Mai darlegt, kam sie zu dem Schluß, daß die erste Bedingung bezüglich unserer Politik unannehmbar ist; dean die Regierung betrachtet jeden Bericht auf die in ihrer Note vom 1. April dargelegten Grundlage für unmöglich. Die Regierung erachtet es ferner für notwendig, die Einheit aller Fronten und Alliierten zu verstetigen. Es besteht ein energischer Kampf gegen die Anarchie. Was die übrigen finanziellen wirtschaftlichen Bedingungen betrifft, so lehnt die Regierung ihren keinen Widerpruch entgegen, da sie die Befreiung der Reformen, welche der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten erwähnt, als ihre Aufgabe ansieht. Der ausführende Ausschuß der Duma nahm den erwähnten Beschuß der Regierung zur Kenntnis und bewilligte ihn.

Riga, den 16. Mai 1917. Dem „Secolo“ wird aus Petersburg gemeldet, daß der Ausschuß der Arbeiter- und Soldaten-Delegierten mit 41 gegen 19 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen sich für die Beteiligung der Sozialisten an der vorläufigen Regierung erklärt hat, unter der Bedingung, daß die Regierung offen und nachdrücklich in der auswärtigen Politik das Ziel verfolge, schnellstens einen allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen abzuschließen, auf der Grundlage der Anerkennung des Rechtes der Völker, über ihre eigenen Schicksale zu entscheiden. Ferner verlangt der Ausschuß Maßregeln zwecks Demokratisierung des Heeres, sowie der Verstärkung der militärischen Macht Russlands an der Grenze behutsame Verteidigung der erungenen Freiheit und endlich soziale und finanzielle Reformen im Innern. Gemäß des Petersburger Korrespondenten des „Corriere della Sera“ wird der Arbeiter- und Soldaten-Ausschuß auf jeden Fall auf dem Rücktritt Miljukows, sowie des Marineministers bestehen, ehe seine Mitglieder in das Kabinett eintreten.

Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Die Bedingungen, unter denen die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in die vorläufige Regierung eintreten würden, enthalten nach dem Beschuß des gehäftsführenden Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, außer dem bereits gemeldeten Programm der auswärtigen Politik, noch folgende Grundlagen: Entscheidende Maßregeln, um das Heer zu demokratisieren und die Militärmacht an der Front für die Verteidigung der russischen Freiheit zu stärken, außerdem eine Reihe sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Reformen. Der Vollzugsausschuß wird einen besonderen Ausschuß bilden mit dem Auftrag, mit der vorläufigen Regierung Vorberatungen abzuhalten.

WTB. Petersburg, 16. Mai. (Mitternachricht.) Miljukow hat seine Bemühungen an und verläßt das Kabinett. Bereits wird das Ministerium des Innern, Kriegs- und Finanzministerium übernommen.

WTB. Petersburg, 17. Mai. (Nachbericht) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: In einer Nachsitzung erklärte der Minister des Innern, Miljukow, der vorläufige Regierung seinen Entschluß, endgültig aus dem Kabinett auszuscheiden. Der Grund des Auscheidens liegt in der Verschiedenheit der Auffassung zwischen Miljukow und der vorläufigen Regierung über die Frage der Umbildung des Kabinetts. Die Mitglieder der vorläufigen Regierung erörterten jedoch die Frage, ob der Ministerpräsident die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen würde, aber Fürst Lvow lehnte es nachdrücklich ab, indem er erklärte, für diesen Posten nicht geeignet zu sein. Er ziehe vor, das Ministerium des Innern zu behalten. Hierauf erklärte die Mehrheit der Regierungsmitglieder es für徒lich, die auswärtigen Angelegenheiten Finanzminister Terešchenko zu übertragen.

Genua, 16. Mai. Nach ergänzenden Petersburger Berichten stellt die Sozialdemokratische Partei an den Eintritt von fünf ihrer Mitglieder in die Regierung folgende Bedingung: Die Regierung hat vorher die Ausschaltung aller Überzeugungsziele als Friedensprogramm öffentlich zu verkünden. Unter allem Vorbehalt wurde folgende wahrscheinliche Zusammensetzung eines Koalitionskabinetts gemeldet: Fürst Lvow, Ministerpräsident und Minister des Innern, Miljukow: öffentlicher Unterricht, Terešchenko: auswärtige Angelegenheiten, Schigarew: Finanzen, Konowalow: Handel und Industrie, Nekrasow: Straßen und Verkehr, Kerenski: für den Krieg, der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten, Skobelew oder der Befehlshaber der Schwarzen Flotte, Admiral Koltschek: Marineminister, der revolutionäre Sozialist Schernow: Ackerbau, der demokratische Sozialist Arbeiter-Sozialdemokrat Arbeitsminister, der demokratische Sozialist Advokat Nikitina aus Moskau oder der demokratische Sozialist Advokat Malakowitsch aus Odessa: Justizminister und der nationale Sozialist Beschekow für Munition. — Danach würde zwar Miljukow weiter der Regierung angehören, aber auf den für die Liquidation des Krieges weniger bedeutungsvollen Posten des Unterrichtsministers sich zurückziehen müssen.

Petersburg, 15. Mai. Der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder gerichtet, der sich gegen die Imperialisten in aller Welt wendet und erklärt, daß die russischen Revolutionäre keinen Sonderfrieden wünschen, der dem deutsch-österreichischen Bunde die Hände freimachen würde. Ein derartiger Friede wäre Verrat an der Sache der Arbeiterdemokratie aller Länder. Der Aufruf spricht den Wunsch aus, daß die von der russischen Revolution vertretene Sache des Friedens durch die Bemühung des internationalen Proletariats Erfolg haben möge, und lädt die Vertreter aller sozialistischen Gruppen zu der Konferenz ein, deren Einberufung der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hat. Gleichzeitig hat der Rat einen Aufruf an das russische Heer gerichtet, der sich in den gleichen Gedankengängen bewegt, die Truppen auffordert, die russische Freiheit zu verteidigen, und den Angriff nicht anzugeben und folgendermaßen schließt: „Der Friede wird nicht durch Sondervereinbarungen, nicht durch Verbräderung einzelner Regimenter und Bataillone errungen werden. Dieser Weg wird der russischen Revolution nur zum Verderben gereichen, deren Heil nicht in einem Sonderfrieden oder einem Sonderwaffenstillstand liegt. Werft also alles, von euch, was unsere militärische Macht schwächt, alles, was das Heer zerstört und seine Moral untergräbt. Soldaten, seid würdig des Vertrauens, das euch das revolutionäre Russland entgegenbrachte!“

Amsterdam, den 16. Mai. Wie aus Petersburg gemeldet wird, reichten auch Brusilow und Gurikow kurz vor dem Rücktritt Gutschows ihr Entlassungsgesuch ein, welches nach der Ernennung des Nachfolgers Gutschows, in Erwähnung gezogen werden soll.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Infolge eines starken englischen Gegenstoßes mußten wir einen am frühen Morgen im Dorf Roenig errungenen Geländegewinn wieder aufzugeben. Im Anschluß an diesen Kampf nördlich der Scarpe vor- und nachmittags einzige starke englische Angriffe wurden unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Auch südwestlich von Rencourt blieben Vorjüge der Engländer ohne jeden Erfolg.

An der Front der Heeresgruppe machten wir im Mai bis zu 2300 Engländer zu Gefangenen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Bapaillon und Lachy von Bapaillon schoben wir unsere Linie durch überraschenden Handstreich einige hundert Me-

Neufäste nach Tunis." Ferner ein großer bewaffneter Dampfer, dessen Name nicht festgestellt werden konnte. Von den übrigen verlorenen Schiffen hatten u. a. ein Dampfer Lebensmittel und Munition, der Segler Mais und Getreide geladen.

Der Chef des Admirallabes der Marine.

Kriegerkampf vor der Themsemündung.

WTB. Berlin, 16. Mai. (Amtlich.) Am 15. Mai vormittags trafen 3 deutsche Seeflugschlüsse unter der Führung des Leutnants zur See Christianen, vor der Themse-Mündung auf ein feindliches Flugzeuggeschwader, bestehend aus einem Sopwith-Kampfflugzeug und zwei Flugbooten. Nach kurzem heftigem Kampf wurde die drei feindlichen Flugzeuge abgeschossen. Der Seeflugschlüsse stürzte senkrecht ab und zerstörte beim Aufschlagen aufs Wasser. Die beiden Flugboote wurden schwer beschädigt und zur Landung gezwungen. Eines unserer Flugzeuge mußte infolge einiger Beschädigungen auf dem Wasser landen. Seine Insassen wurden von Leutnant zur See Christianen auf dessen Flugzeug genommen. Bis auf das beschädigte, landeten unsere Flugzeuge wohlbehaltet in ihren sländischen Startpunkten. Erstes, sowie die beiden feindlichen Flugboote wurden durch unsere Torpedostreitkräfte eingebracht. Die französischen Jäger, ein Offizier und zwei Unteroffiziere, wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admirallabes der Marine.

Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer.

Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben neuerdings im Mittelmeer 9 Dampfer und 6 Segelschiffe von insgesamt über 30 000 Tonnen versenkt. Unter diesen befanden sich: der bewaffnete englische Dampfer „Korund“ (2995 To.), ein unbekannter, durch Flughafen gesicherter bewaffneter 4000-Tonnen-Dampfer und ein weiterer unbekannter Dampfer von 4000 Tonnen; ein vollbeladener Transportdampfer gleicher Größe wurde aus einem von Zerstörern begleiteten Convoy herausgeschossen, ferner ein voller Tankdampfer von mindestens 6000 Tonnen, inmitten einer Sicherung von drei bewaffneten Fahrzeugen durch Torpedoschutz versenkt. Unter den Ladungen der übrigen versunkenen Schiffe befanden sich in der Hauptsache Kohle, Schwefel und Sprengstoffe.

Der Chef des Admirallabes der Marine.

Erfolgreicher Vorstoß in der Otranto-Straße.

Wien, 16. Mai. (Amtlich.)

In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai unternahm eine Abteilung unserer leichten Seestreitkräfte einen erfolgreichen Vorstoß in die Otranto-Straße, dem ein italienischer Torpedobootzerstörer, drei Handelsdampfer und 20 armierte Bewachungsdampfer zum Opfer fielen. 72 Engländer der Bewachungsdampfer wurden gefangen. Auf dem Rückmarsch hatten unsere Einheiten eine Reihe von erbitterten Gefechten mit überlegenen feindlichen Streitkräften zu bestehen, wobei der Feind, der aus englischen, französischen und italienischen Schiffen zusammengesetzt war, erheblichen Schaden erlitt. Auf zwei feindlichen Zerstörern wurden Brände beobachtet. Das Eindringen feindlicher U-Boote und Flieger in den Kampf hatte keinen Erfolg, wogegen unsere Seeflugschlüsse, die sich vorzüglich betätigten, je einen Bombentreffer auf zwei feindlichen Kreuzern erzielten und auch die gegnerischen U-Boote wirksam bekämpften. Unsere Einheiten sind vollständig mit geringen Menschenverlusten und Beschädigungen zurückgekehrt. Im hervorragenden Zusammenwirken mit unseren Streitkräften hat ein deutsches U-Boot einen englischen Kreuzer mit vier Kanonen durch Torpedoschutz versenkt.

Flottille-Kommando.

Englische Schiffsschäden.

Rotterdam, 17. Mai. Nach der Wochenstatistik der englischen Admiralität wurden versenkt 18 Schiffe über 1600 Tonnen, 5 Schiffe unter 1600 Tonnen und 3 Fischereifahrzeuge. 11 Schiffe wurden vergeblich angegriffen.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Heeresbericht.

Konstantinopel, 16. Mai. Amtlicher Bericht vom 15. Mai. Straße-Front: An der Diale-Front fanden nur Verstärkungsgefechte statt, waren feindliche Panzerautomobile teilgenommen. Nachträglich wurde festgestellt, daß unter den schweren Verlusten, die die Engländer bei den Kämpfen südlich Sancra, bei Sotabula, erlitten, sich zwei gefallene Generale befinden. Kaukasus-Front: Am rechten Flügel wurde ein Überraschungsangriff einer hundert Mann starken russischen Abteilung vereitelt. Im Zentrum waren unsere Patrouillenunternehmungen von Erfolg gekrönt. Unsere Patrouillen waren den Feind zurück und erbeuteten viel Munition und Material und brachten einige Gefangene mit. Am linken Flügel das übliche russische wirkungslose Artilleriefeuer. Syrien: Drei Wasserschlüsse waren auf die unbesetzte Stadt Beirut fünf Bomben ab, ohne Schaden anzurichten. — Von den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ministerkrise in China.

Genf, den 17. Mai. Die „Agenzia Tournier“ meldet aus Shanghai, der chinesische Ministerpräsident und mehrere Minister seien zurückgetreten. Die Ministerkrise stehe im Zusammenhang mit den Kundgebungen für die Kriegserklärung an Deutschland.

Kleine Kriegsnachrichten.

Washington, 17. Mai. (Reuter-Meldung.) Die Vereinigten Staaten gewährten Russland die erste Kreditlinie von 100 Millionen Dollars.

Die feindlichen Heeresberichte sind bei den gegenwärtigen Kämpfen stets von einer „Hindenburglinie“, die sie an einzelnen Stellen eingeschränkt, an anderen bei Treysa, durchbrochen haben wollen. Dem-

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
An der Arras-Front nahm das Artilleriefeuer beiderseits der Scarpe wieder zu.

Ein nach Mitternacht an der Straße Gavrelle-Gresnes vorbrechender englischer Angriff wurde im Nachkampf abgewiesen.

Die Trümmerstätte des ehemaligen Dorfes Bullecourt ist befehlsgemäß ohne Einwirkung vom Feinde geräumt worden, der sich erst 24 Stunden später dort festigte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Champagne-Front wurde mit zunehmender Sicht die Tätigkeit der Artillerie wieder lebhafter, besonders auf den Höhen Chemin des Dames und bei Prosenes. Der Feuersteigerung folgende Teilstürme der Franzosen bei Brayne und nördlich von Craonne und bei Craonne wurden sämtlich abgeschlagen.

Ebenso blieb nördlich von Sapigneul ein erneuter Vorstoß des Feindes gegen die Höhe 108 erfolglos.

Ostlich der La-Royale-Fc. stürmten zwei aus Berlinern und Brandenburgern bestehende Kompanie einen von den Franzosen in den Kämpfen am 5. Mai bejähnten Graben und nahmen die aus über 150 Mann bestehende Besatzung gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von stellenweise auslebender Feuerfertigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Im Eernabogen erlitt der Feind gestern eine neue Schlappe. Nach sechstageiger Artillerievorbereitung von Montrouvo eingehende starke Angriffe sind restlos abgewiesen.

Von den an den Kämpfen beteiligten deutschen Truppen haben sich besonders ostpreußische und schlesische Bataillone sowie Garde-Schützen ausgezeichnet.

Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorff.

zu Berlin den 18. Mai. (Amtlich.)

Am 29. April abends hat eines unserer U-Boote die befestigte englische Küstenstadt Scarborough mit Granaten beschossen. Mehrere Treffer wurden einwandfrei beobachtet.

Am 5. Mai wurde das englische Flotten-Begleitschiff „Lavender“ von einem unserer U-Boote versenkt.

Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean, im Englischen Kanal und in der Nordsee: 11 Dampfer, 3 Segler und 11 Fischereifahrzeuge mit 25 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den versunkenen Schiffen befanden sich u. a. folgende: Der englische bewaffnete Dampfer „Kentmoor“, 3535 Tonnen, mit 5656 Tonnen Getreide von Nostra nach Gibraltar, die englischen bewaffneten Dampfer „Victoria“, 1620 Tonnen, tiefbeladen, und „Polynnia“, 2426 Tonnen, die englischen Fischereifahrzeuge „Edith Cavell“, „Argo“ und „Dilston Castle“, der französische Segler „President“ und der russische Segler „Alida“, ferner ein großer bewaffneter englischer und drei im Geleitzuge fahrende Frachtdampfer.

Die übrigen versunkenen Schiffe führten u. a. folgende Ladungen: 1 Dampfer Erz nach England, 1 Dampfer Kohlen und 1 Segler Stückgut nach England.

Der Chef des Admirallabes der Marine.

gegenüber wird festgestellt, daß es eine solche Linie nicht gibt, wenn man nicht sämtliche auf Anordnung des Feldmarschalls von Hindenburg angelegten Stellungssysteme, die sich in dieser Zone in breiten Gürteln hintereinander erstrecken, „Hindenburghlinie“ nennen will.

Nieder mit der Bestur! Der schweizerische Pretelegraph kabelt aus New York: Der Senat verwirft das Eisenreges.

Neue drahtlose Verbindung. Aus Batavia wird gemeldet, daß es gelungen sei, in Pandoeum auf Java eine drahtlose Verbindung mit Berlin, Madrid und Amsterdam herzustellen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die innerpolitische Reichstagsdebatte ging am Mittwoch zunächst weiter. Westarp hatte am Dienstag abend eine heftige Rede gegen die doch ziemlich bescheidenen Versuche gehalten, die von den bürgerlichen Linken und dem Zentrum unter steter Abschwächung unserer Vorschläge im Verfassungsausschuß des Reichstages gemacht worden sind, um die innerpolitischen Zustände halbwegs aus dem Elend eines Scheinkonstitutionalismus herauszuheben. Nachdem Genosse Landberg noch am Dienstag auf der Stelle den Angriff pariert hatte, wandten sich am Mittwoch der National-liberale Schiffer und der Zentrumsmann Groescher gegen Westarp, aber so, daß sie übereinstimmend belohten, sie dachten garnicht daran, irgendwie die Krone zugunsten des Parlaments verringern zu wollen. Der unerschöpfliche Sozialdemokrat Haase ließ sich natürlich diese Gelegenheit nicht entgehen, um den Parteien Schiffer und Groescher, sowie der Mehrheit des Verfassungsausschusses überhaupt auf den Leib zu rücken.

Dann brachte Herr Rath seinen schweren Angriff über den Lauf der Dinge zum Ausdruck und der Fortschritter Dr. Müller-Meininger fand nur eine recht schwache Erwiderung. Damit war die innerpolitische Debatte erledigt und es folgte die dritte Sitzung des Militärausschusses, die viele Stunden dauerte und einen ganz bewegten Verlauf nahm. Zunächst mußte Geno-

Stücke den Präsidenten des Reichstages auffordern, da gegen Vorkehrungen zu treffen, daß etwa im Reichstagsgebäude unter seinen Papieren wegen eines Beschwerdefalles gehausucht werde, wegen dessen man bereits vergeblich versucht hat, von Stücken eine Belastung des Soldaten herauszuholen, der sich an seinen Reichstagsabgeordneten gewendet hatte. Der zahlreichen Nügen Stükens schlossen sich auch Redner des Zentrums und der Volkspartei an. Dann sprachen eine Anzahl Mitglieder beider sozialdemokratischen Fraktionen, abwechselnd mit Vertretern der Heeresverwaltung über Arbeiterverhältnisse, worauf Genosse Schöpflin den Fall eines preußischen Landtagsabgeordneten zur Sprache brachte, der entgegen dem Kriegsministerium und der betreffenden Bundesregierung nicht rechtzeitig beantraut worden war. In der Antwort darauf gebrauchte der Kriegsminister ganz unmotiviert den Ausdruck, daß ihm der Reichstag durch die Erweiterung seiner Machtsignisse ein Maßnahmenkatalog darbringen wollte, das er entschieden ablehne.

Diese Worte des Kriegsministers veranlaßten nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die drei Mittelparteien zu sehr nachdrücklichen Erwidern. Darauf ging eine gleichfalls sehr heftige Auseinandersetzung zwischen dem unabhängigen Sozialisten Dr. Cohen und den Rechten, aber auch der Regierung und der bürgerlichen Linken über die Grundsätze, die bei der Verwaltung der befreiten Gebiete zu beobachten seien und darüber, wie diese Verwaltung vorgehe. Der Pole von Trajanski stellte sich in gewisser Hinsicht auf den Standpunkt Dr. Coehns; dieser aber, gereizt durch manche nicht einwandfrei Erwiderung, ließ sich schließlich zu Aussführungen hinreichen, die einen Sturm entfesselten und die was für uns wichtiger ist — vor den Kriegshelden in den Entkerländern wiederum ausgebeutet werden können.

Die andere Debatte, die um das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister, zwischen Offizierskorps und Krone, ergab auch noch manches interessante Moment und sie fand, nachdem auch Dr. Helfferich berührend eingegriffen, der Zentrumsmann Groescher den Konservativen eine recht deutliche Abfuhr zugeschrieben hatte, ihren Abschluß mit einigen trefflichen Worten Scheidemanns, der es unterstrich, daß Graf Westarp wiederum den Reichskanzler an maßgebender Stelle zu empfehlen versucht hatte.

Bei den weiteren Sitzungen verschiedentlich noch Redner der beiden sozialdemokratischen Fraktionen das Wort. Schließlich ging auch diese Sitzung zu Ende und die Sitzung hatte bereits neun Stunden gedauert, als man endlich soweit war, den Staat zu verabschieden. Vorher hatte Gradauer die Ablehnung des Staaats durch die sozialdemokratische Fraktion mit den unsocialen Steuern, mit dem Zögern der Regierung im innerpolitischen Fortschritt und mit der Fortdauer des Belagerungsstaates begründet. Auch die Unabhängigen lehnten den Staat ab. Dann wurde über zahlreiche Revolutionen abgestimmt — die unerfüllte Aufhebung des Belagerungsstaates wurde abgelehnt — und nach Annahme einer Serie Beamtenanträge und der Schlafrede Raemps verließ sich der Reichstag bis zum 5. Juli.

Reichstagsabgeordneter Wallenborn gestorben.

Der Zentrumsmann Wallenborn ist Mittwoch früh in Berlin gestorben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 18. Mai.

Die Bürgerschaft hat in ihrer am kommenden Montag abend 6 Uhr stattfindenden Sitzung folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senats. II. Anträge des Senats: 1. Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgerschaft wegen Neugestaltung des Bürgerschaftswahlrechts. 2. Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben der Strafanstalt Lauerhof im Rechnungsjahr 1915. 3. Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der Strafanstalt Lauerhof im Rechnungsjahr 1916. 4. Änderung des Gesetzes vom 14. November 1906, die Bußgasse zur Reichserbschaftssteuer und die Erbschaftsaufgabe betreffend. 5. Erlass einer neuen Verordnung, betreffend Erhebung einer Kuroje im Stadtteil Kurott und Seebad Travemünde. 6. Verstärkung der Mittel für die Herstellung von Industrieländern. 7. Neufeststellung der Hoheitsgrenze am Ausfluss der Walewitz aus dem Radeburger See. 8. Verstärkung der der Baubehörde im Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1916 zur Bereitung gestellten Mittel. 9. Errichtung einer Oberzollkontrollstelle für die Reichstempelsteuer bei dem Lübeckischen Hauptzollamt. 10. Nachbewilligung von Wehrausgaben im Rechnungsjahr 1916. 11. Gewährung eines Kuegehalts an den Tischler der Lübecker Straßenbahn Daniel Klodt. 12. Neufeststellung einer staatlichen Beihilfe an die Kirchengemeinde Schutup. 13. Sachverständigen-Honorar in Eisenbahnanlagen. 14. Erweiterung des Steuerhauses. 15. Verstärkung der budgetmäßigen Ausgaben der Vertriebsbehörde im Rechnungsjahr 1916. 16. Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der Heilsanstalt Strecnitz für das Rechnungsjahr 1916. III. Den Bürgerausschuß zur näheren Fassung an den Senat gelangter Antrag von Siegelring: Die Bürgerschaft erachtet den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegen zu bringen, die das bestehende Klassenwahlrecht zur Lübecker Bürgerschaft durch ein allgemeines und gleiches Wahlrecht ersetzt und eine Änderung der in Frage kommenden Paragraphen der Verfassung in dieser Richtung vor sieht.

Eine Verordnung über die Einschränkung der Bantigkeit erläßt das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps. Die näheren Bestimmungen werden im Anzeigenteil bekannt gegeben.

Impfungen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Turnhalle der Bürgerschule am Sonnabend, dem 19. d. Ms., noch Impfungen von Erstimpfungen durch Herrn Dr. med. St. Eichenberg vorgenommen werden.

Voreilige Gänse-Politik. Die schon im Januar einmal vom Kriegernährungsamt angedeutete, jetzt aber klarer zum Ausdruck gebrachte Absicht, die Gänse vom Jahrang 1917 unter dem Aufdruck von Fleisch- und Hühnerpreisen zu nehmen, erregt sturmende Erregung bei allen, die mit diesem letzten Artikel ein besonderes, noch unbegrenztes Geschäft machen wollen. Der Verger ist so gewaltig, daß er einen großen Urtheilkanon sogar verzerrt, seine Karten vorzieht in der „Deutschen Tageszeitung“ aufzudecken: „Kommt eine Höchstpreisfeststellung, ob sie nun für das ganze Reich gleich oder verschieden hoch ist, so bleiben die Gänse unter allen Umständen draußen auf den Dörfern oder in den Landstädten, zumal die Schweinehausenschlachtungen häufig stark zurückgehen, und Groß-Berlin hat im Winter 1917/18 keine Gänse.“ — In allen Regionen wird die städtische Bevölkerung dem Verhindernden der Gänse sehr fühl gegenübertreten, um möglichst wohl „der kleine Beamtenstand“ der nach zeitweiligen Quallen sich im vergangenen Winter angeblich durch zeitweiligen Gänsestall (1) durchgeholfen hat. Richterbestenizer muß vorgedacht werden, und wenn man den Städtern des Gramm-Brot und jedem Löffel Kriegsmus vorweist, so soll auch auf dem Lande dasselbe Recht herrschen. Deshalb fordert der Kriegerausschuß für Konsuminteressen ganz außergewöhnliche Weise neben den Hühnerpreisen auch strenge Kontrolleierung der Gänse und ihre volle Berechnung auf die Fleischfutter. Dazu gehört natürlich eine Gänse- und ein Hühnerbestandsmehrung aller die Kontrollämter,

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Mai 1917.

110. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesstaatlich: Dr. Helfferich, Zimmermann.
Zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten Wallenborn (3.) erhebt sich das Haus von den Sigen.

Die innerpolitische Debatte beim Etat des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Abg. Schiffer (Magdeburg, natl.): Ich meine im Gegensatz zum Abg. Neumann, daß wir von der Staatsallmacht und vom Staatssozialismus auf lange Zeit genug haben und die Wiederherstellung des freien Wettkampfs möglichst bald wieder wünschen. Der Abg. Scheidemann hätte sich gestern bei seinem Wort über die Möglichkeit einer Revolution der Verantwortung bewußt bleiben lassen. (Dann haben Sie mich nicht verstanden!). Doch auch Ihre Erläuterung. (Abg. Scheidemann: Ich halte das Wort aufrichtig!) Draußen wirkt es einfach als Drohung mit der Revolution. (Sehr richtig!) — Im Verfassungsausschuss die Stellung des Monarchen angreifen, wie uns Graf Westarp vorwirft, liegt uns ganz fern. Wenn wir bei Offiziersernennungen die Gegenzeichnung des Kriegsministers verlangen, wollen wir lediglich die Stellung des Militärkabinetts wieder mit der Kabinettssorder von 1861 in Übereinstimmung bringen. Wir halten am monarchisch-konstitutionellen Charakter unserer Verfassung fest, wollen aber eine engere Führung zwischen Regierung und Volksvertretung. Auch die Bureaucratie muß sich verjüngen. Überlebende Generäle müssen fallen, damit den aufstrebenden Volkskräften die Bahn freigemacht wird. Das Verfassungsschreiben in Preußen muß umgestaltet werden, aber durch Preußen selbst. Trotz aller Fortschritte steht vor dem Kriege keine rechte Freidigkeit am Staate aufzutreten. Seht dagegen hat jeder Bürger Staatsbewußtsein. Diesen Geist des Schützengrabens wollen wir hinübertragen in den Frieden zum Heil des Vaterlandes. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Groeber (3.): Graf Westarp befürchtet von den Vorschlägen des Verfassungsausschusses bezüglich der Offiziersernennungen eine Lockerung des Verhältnisses zwischen Offizier und König. Aber was wir verlangen, ist in Bayern, Sachsen, Württemberg bestehendes Recht. Und haben sich etwa diese süddeutschen Offiziere schlechter geschlagen als die preußischen? (Sehr gut! links und im Zentrum). Selbst Mostke wurde 1858 unter Gegenzeichnung des Kriegsministers zum Generalstabshaupt ernannt — verhülle dein Haupt Borussia! (Heiterkeit). Die papierne Verantwortung des Reichskanzlers soll ersetzt werden durch die wirkliche Verantwortung des zuständigen Ministers.

Abg. Hesse (Unabh. Soz.): Von einem Entgegenkommen gegen die Demokratie können wir nichts bemerken. Ist etwa das Hilfsdienstgesetz eine demokratische Errungenschaft? Auch im Vereinsgebot besteht der Jugendparagraf nach wie vor und die Jugendlichen werden weiter von der Polizei drangsaliert. Die Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei werden auf das Unrecht verfolgt. (Lebh. Zust. b. d. Unabh. Soz.)

Die Zeitungen werden gewaltsam unterdrückt und zwar wegen Erörterungen, die sich auf rein politischen Gebiete bewegen. Freiheit werben diese Gewaltmaßregeln nur neue Anhänger. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Auch das Auftreten des Staatssekretärs Dr. Helfferich hier im Reichstage kann uns nicht schaden. (Zust. b. d. Unabh. Soz.) Im Auslande schaden uns nicht sozialdemokratische Anerkünfte, sondern die von alldemaliger Seite, belastet ja, wie unfehlbar das Buch des Generals von Bernhardi im Auslande gewirkt hat. Auch die Germanisierungsbemühungen gegen die Polen, Elsaß-Lothringer und Dänen werden im Auslande verfolgt und beeinflussen das Urteil des Auslandes über Deutschland. Niemand von uns würde dulden, daß uns durch Waffengewalt neue Einrichtungen aufgezwungen werden. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.), aber das Ausland orientiert seine Politik mit Rücksicht auf unsere verfassungsrechtlichen Zustände, und diese Orientierung fällt deshalb zu unserem Schaden aus. (Lebh. Zust. b. d. Unabh. Soz.) Graf Westarp fragt darüber, daß Verfassungsänderungen vorgenommen werden. Aber die Illusionen, die ihre Hoffnung auf den Verfassungsausschuss gesetzt haben, sind grausam enttäuscht worden. Von allen Seiten verachtet man sich gegen den Verdacht, man sollte die Kronrechte irgendwie anstreben. Wie sollen denn aber die Volksrechte erweitert werden, wenn nicht zugleich die Macht der Bureaucratie eingeschränkt wird? Will man das nicht, dann läuft die ganze Sache auf Scheineform hinaus. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Im Ausland erklärt sich auch das Bürgertum für die Republik, bei uns aber lehnt man den Antrag ab, daß der Reichskanzler auf Verlangen des Parlaments zu entlassen sei. Die Mächte des Kapitals und der Presse spielen nicht etwa nur in parlamentarisch regierten Ländern bei Wahlen eine Rolle, wie Graf Westarp meint, sondern bei uns ganz ebenso. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Auch hier hat das Finanzkapital einen großen Einfluß auf die Leitung der politischen Angelegen-

heiten. Was hat denn der Verfassungsausschuss ausgetragen? Er verlangt geheime Reichstagssitzungen, während man sonst überall die geheime Diplomatie abschaffen, das Volk über alles unterrichten will. Denn das Volk soll die Diplomatie und den Reichstag kontrollieren. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Wie denn nun denn der Reichskanzler die Lösung der Wehrrechtsfrage in Preußen? Er hat sich darüber nur ebenso unklar ausgedrückt, wie auch aus dem Gebiet der auswärtigen Politik. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Auch die Offizierskraft schwächt sich über die Einführung des gleichen Stimmbuchs in Preußen aus, die Regierung will eben ein abgeschafftes Wahlrecht, ein Pluralwahlrecht gewähren. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Aber die Arbeiter lassen bei dem Wahlrecht nicht mit sich handeln und sie verlangen die Einführung dieses Rechts in allen Einzelstaaten, auch für die Frauen. Die Finanzabschließung der Lösung bis nach dem Kriege erregt die weitesten Befürchtungen, die Missbilligung steigt wegen der Polizeiwirtschaft und der Militärdiktatur. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Die Arbeiter verlangen, daß das Parlament ganze Arbeit macht und werden das Parlament und die Regierung vorwärts treiben bis zur Erfüllung ihrer Forderungen. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Kreth (kons.): Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses sind der Anfang des parlamentarischen Systems.

Wen hat denn die Linke für einen Ministerposten? Es meldet sich niemand! (Heiterkeit) Das Parlament soll nicht in Heerespersonalfragen hineinreden. In Frankreich werden die Heeressoldaten nach politischen Gesichtspunkten erkannt, da könnte also Dr. Cohn-Nordhausen verlangen, wann schon Hindenburg nicht unter unsere Oberherrschaft kommt, soll wenigstens einer von uns eine Armee führen. (Heiterkeit rechts.) Wenn Sie sich so für die Verantwortlichkeit der süddeutschen Kriegsminister begeistern, dann lassen Sie doch den preußischen Kriegsminister dem preußischen Landtag verantwortlich sein. (Sehr gut! rechts.) Der Verfassungsausschuss hat seine Arbeiten plötzlich abgebrochen, er fühlt wohl selbst, daß er zu weit ging. Würde es wirklich zum parlamentarischen System kommen, dann würde das Volk schon erkennen, daß gerade wir es sind, die seine Rechte gewahrt haben. (Lebh. rechts, Lachen links.)

Abg. Müller-Melingen (kp.): Die Arbeiten des Verfassungsausschusses mußten abgebrochen werden, weil das Plenum ihm keine Zeit mehr ließ. — Die Ausübung des obersten Kriegsherrn gegen die Volksvertretung ist gefährlich. Die Rechte erlaßt sich gegen die Parlamentsfreiheit nur dort, wo sie nicht selbst der Ausdruck gibt. Mit unmerklichem Verlangen der Gegenzeichnung bei Offiziersernennungen fordern wir nur, was in Süddeutschland längst rechtlich ist, ohne daß sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben. Über die Herren (nach rechts) wollen nicht, daß in die Kabinettsgouvernance in Preußen Licht und Luft hineinkommt. Wir aber verlangen Recht und Gesetzeslichkeit auch im Heere. Wir kämpfen damit für die Höchstinteressen des Heeres und der Monarchie. Sie aber (nach rechts) verhindern sich gegen das Heer und die Monarchie. (Lebh. Beifall links.)

Die Debatte schließt. Damit ist die Aussprache über innere Politik erledigt, es folgt die dritte Lesung des Militäretats.

Ein Antrag Hohel wünscht, daß die in den besetzten Gebieten vorhandene und irgendwie entbahrliche Pferde und Zugtiere, sowie die dort befindlichen, dem Kaiser gehörigen Moschinen der heimischen Landwirtschaft zugeführt werden.

Abg. Stücklen (Soz.): Den Antrag Bernstein auf Entlassung der zu Unrecht ins deutsche Heer eingezellten Belager stimmen wir zu. Auch uns sind zehnreiche Klagen darüber zugegangen. Bei der Erhöhung der Mannschaftslöhne soll es der Kriegsminister nicht bei der zugesagten wohlwollenden Prüfung bewenden lassen. Vor der Erhöhung der Offizierspersoneien müssen vor allem die der Mannschaften und Unteroffiziere auskömmlich gehalten werden. Weiter hat der Kriegsminister nicht mitgeteilt, daß die barbareske und das moderne Empfinden empörende Strafe des Unbindens befreit ist. — Wir sind ein Volk in Waffen, aber nur zur Verteidigung, die Erroberungspläne der Altdänen lehrt das Volk in Weissen ab. Angehörige der Taxische, die Leute nach zehn bis zwölfjähriger Ausbildung ins Feld kommen, wird sich noch dem Kriege eine lange Dienstzeit nicht mehr anstreben. — Im Grunde ist der Kriegsminister ein machtloser Mann, denn er vertreibt nur eine Verwaltungsbörde und ist einer Kommandobehörde gegenüber ohnmächtig. — Mit der Beleidigung eines Soldaten würde ich mich an das sächsische Kriegsministerium, das die Sache auch legal erledigte. Über der Hauptmann der betreffenden Kompanie ließ herumknüpfeln und stellte den Briefbeschreiber fest. Der Mann mußte dann den Brief noch einmal nach dem Gedächtnis niederschreiben und wurde daraufhin vor ein Kriegsgericht gestellt. (Lebh. Hört, hört! links.) Das Kriegsgericht ließ mich als Zeugen vorladen, doch lehnte ich natürlich ab, irgend etwas über den Inhalt des Briefes auszutragen. Der untersuchende Richter erklärte, er könne den Brief beschlagen und zu diesem Zweck auch eine Haussuchung nach meinen Papieren im Reichstage veranlassen. (Lebh. Hört, hört! links.)

Ich traue dem Kriegsgericht den Versuch zu, hier im Reichstag eine Haussuchung vorzunehmen. Im Verfassungsausschuss sagten allerdings gerade die Konseriativen, ein solcher Fall sei gar nicht denkbar. Hier liegt er in greifbarer Nähe und der Reichstag darf keinen Zweifel darüber lassen, daß er sich gegen solches Vorgehen verwehrt und daß der Präsident verhindern wird, daß die Polizei in den Papieren irgend eines Abgeordneten herumknüpft. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Beschwerderecht wird von einem namhaften Kenner, Professor Meyer, ein notwendiges Nebel genannt, denn in jeder Beschwerde liegt eine gewisse Ablehnung gegen die Disziplin. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei solcher Aussicht des Beschwerde ist gut wie niemals recht bekommen. Wie es in der Praxis mit der Beschwerde aussieht, dafür ein Beispiel. Der Offiziersstellvertreter Friedrich bekam einen neuen Befehlswinkel, der die Mannschaften schlecht behandelte, sodass er ihn meldete. Wegen davon wurde dieser Befehlswinkel Leutnant und nun ging die Schikanerie gegen Friedrich los. Dieser beschwerte sich und ging an immer weitere Instanzen. Das führte dazu, daß er in eine Krenzbank gestellt wurde (Hört, hört! b. d. Soz.) zur Beobachtung des Heeresgutlandes. Dort wurde er aber mit völlig normal beurteilt und kam wieder zur Truppe zurück. Er beschwerte sich nun von neuem und da ließ man ihn in ein anderes Freihaus stecken. Ich habe diesen Fall in der Kommission vorgebracht, aber die Militärverwaltung schwächt sich darüber aus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wer sich in der Heimat beschwert, kommt an die Front, wo sich an der Front beschwert, befindet sich innerhalb kürzester Frist im vorderen Schützengraben. So sieht das Beschwerderecht in der Praxis aus. Bei einzelnen Truppenteilen verbietet man den Soldaten, an Reichstagsabgeordnete zu schreiben. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) In einem Fall hat man sogar einen solchen Briefbeschreiber bestraft, weil er mit der Beschwerde den vorgeschriebenen Dienstweg nicht innegehalten habe. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist doch eine ganz ungeheure Konsequenz. Zu verwerfen ist auch, daß die Gelder der Soldaten zu Zwecken verwendet werden, zu denen sie nicht bestimmt sind. Über die Kantineüberhäufung wird ihnen nicht Rechnung gelegt. Da müssen die Leute ja misstrauisch werden und zum Teil glauben sie, daß die Offiziersküchen damit erhalten werden. (Zuruf b. d. Soz.: Es ist es auch!) Die Kantinen sollen überhaupt keine hohen Überhäufungen abwerben, sondern für gute und billige Versorgung der Truppen sorgen. Statt dessen nehmen sie teilweise Preise, die sie im Inlande der Bestrafung wegen Kriegsverstößen aussetzen würde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch die Kästen aussetzen würden, daß Soldaten, die schon 22 und 24 Männer im Felde stehen, noch niemals Urlaub hatten. Was für eine Stimmung muß in diesen Leuten entstehen, wenn sie sehen, wie Offiziersburschen alle Augenblicke in Urlaub fahren, kostspielig mit Lebensmitteln für die Familie der Offiziere. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wozu erschlägt denn der Kriegsminister, eine Verfügung, daß jeder, der ein Jahr im Felde gestanden hat, Urlaub erhalten soll, wenn nicht für die alte Leute aus der Feuerlinie zurückgezogen werden sollen. Ausgehoben werden jetzt vielseitig Leute, die weiter nichts tun, als die Lagarde bewältigen und so das Reich beladen. Ganz ungünstig ist es, daß man Leuten eine Soldatenmütze aufsetzt, ihnen die Kriegszeit vorliest, und sie dann als Arbeiter bei der Eisenbahn beschäftigt. Die Eisenbahn soll ihre Arbeiter richtig bezahlen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Neuheit war hier von Eisenen-Krenz-Schmerzen die Rede. Es haben es viele, die nicht wissen, warum, und viele, die es verdient haben, haben es nicht. Seine besondere Bedeutung hat es verloren, nachdem Schreiber es bekommen haben, die nie aus der Schreibstube herausgekommen sind, Pferdewärter der Stabssoffiziere, Offiziersbürokraten usw. Da sollte man es einfach als allgemeine Kriegsdenkmünze einem jeden geben. Dadurch würde viel Ärger und viel Missstimmung beiseitigt werden. — Der Sparzwang für Mannschaften, den man vielfach eingeführt hat, ist ganz unzulänglich. Weit angebrachter wäre ein Sparzwang für junge Offiziere. — Der Kriegsminister möge auch dafür sorgen, daß keine Streiterlesse mehr herausgehen. Der General Groener hatte sich als Soldat einen guten Namen gemacht, wenn er aber so weitermacht, wie mit seinem jüngsten Streiterlos, so läuft er Gefahr, daß sein früherer Ruhm als Soldat verblättert durch solche verkehrten Machenschaften. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wirth (3.): Wir wollen im Plenum gern auf die Vorbringung von Einzelheiten verzichten, wenn wir die Garantie haben, daß im Kriegsministerium ein Geist walzt, der die in der Kommission vorgebrachten Einzelheiten mit eiserner Konsequenz verfolgt. Die Hauptaufgabe ist, daß die Herren im Kriegsministerium den Generalstabschef gegenüber ihren Wünschen Nachdruck verleihen können. Es kommen eben Dinge vor, die einem gerade das Herz undrogen können. Ist es doch vorgekommen, daß ein Offizier einen jungen Krieger, der etwas Lustiges gegen die Wagner-Gitarre geschrieben hatte, vor aller Öffentlichkeit gehörige Strafen

erteilt nicht, daß sie weit mehr noch zu vergeben und zu verjähren hette, und mit welcher Geduldigen Liebe unterwarf sie sich. Wie ein laufendes Bild schwiebte sie vor ihm, immer bereit, den Zeichen der Unzufriedenheit ihres Gatten mit doppelter Freundlichkeit zu begegnen, immer bereit, seinen Wünschen zu folgen, immer unterdrückig, und immer geneigt, durch ihren Eifer sein Wohlwollen oder doch sein Mitleid zu erringen. O, und das alles half ihr nichts, aber sie erwiderte nicht darin. Er begeisterte sich an diesen Gedanken und gelobte sich, ihr nachzustreben. So wollte er es machen. So sollte Anna von ihm behandelt werden, bis sie von seiner Güte überwältigt wurde.

Auf dem Wege nach Hause fiel ihm ein, daß eine neue Oper, die viel Aufsehen machte, heute gegeben wurde, und daß er neulich Anna vorgeschlagen hatte, die nächste Aufführung mit ihm zu besuchen. Sie antwortete ihm eingänglicher darauf, als er gewohnt war, und nun rief er, sein Versprechen zu erfüllen, was nicht mehr ganz leicht war, denn es war schon ziemlich spät, und Biletts nur durch Vermittelung und um doppelten Preis zu haben. Endlich gelang es ihm dennoch, und in Eile sprang er die Treppe hinauf ins Zimmer, wo er Anna zu finden hoffte.

Sie sah wirklich an ihrem gewöhnlichen Platze, aber gewiß nicht ihr erwartete. Ihre Kleidung war mir vielmehr aufgeworfen häuslich und einfach. Verzeihe, daß ich so spät komme, rief er ihr entgegen, aber ich glaubte, du würdest nicht vergeben, was wir beobachteten und dich danach eingerichtet haben.

Ich weiß nicht mehr, was wir beobachtet haben, antwortete sie.

Die Oper zu besuchen, fiel er ein. Es war mir auch aus dem Sinn gekommen. Glücklicherweise sah ich eine Ankündigung, worauf es mir denn gelang, noch zwei schöne Plätze zu erhalten.

Du hast jedenfalls so viel Wichtiges zu denken, daß eine so unbedeutende und überflüssige Sache sehr leicht verzeiht wurde, erwiderte sie.

Sei darum nicht böse, sagte er, an Mathilde's Beispiel denkend. Wir haben noch hinreichend Zeit, wenn du ein wenig eilen willst. Sie gab keine Antwort, aber sie las in dem Buche weiter, das sie in der Hand hielt.

Ja, wenn du länger zögern willst, werden wir den Anfang verpassen, fuhr er fort.

Ich werde nicht hingehen, sagte sie teilnahmslos.

Du müßt nicht hingehen? Aber du hast doch selbst gewünscht, diese Musik zu hören.

Es entstand wieder eine Pause. Ich bin zu einer andern Ansicht gekommen, erwiderte sie dann.

Liebe Anna, du solltest doch meine Bitte erfüllen. Wir gehen ja so wenig mehr zusammen.

Dafür kann ich nicht.

Wenn du nur willst, so wird es mir Freude machen, dich an manche Vergnügungsorte zu führen, wo wir Freunde und Bekannte antreffen. Wir können Landpartien verabreden, auch habe ich schon daran gedacht, ob du nicht gern für den Sommer anderswo, vor den Toren oder auf dem Lande wohnen möchtest. Im nächsten Jahre denke ich so weit zu sein, daß wir eine Reise machen können.

Alle diese Vorschläge wurden mit einer gewissen fröhlichen Freude gemacht und mit Unempfindlichkeit angehört. Die junge Frau blieb fortgezogen in das Buch und sagte zuletzt nur darauf: Ich dankt für alles.

Aber mein Gott! rief er aus, und dann schwieg er wieder still und blickte sie an. Ja, sie war schön. Hals und Nacken markiertartig glatt und fein. Das Gesicht mit seinen edelgeformten Zügen so wohlgestaltet. Es diente vor seinen Augen: Mathilde schwiebte an ihm vorüber mit den bleichen Wangen, mit der eingefallenen Brust, und dennoch, dennoch — schöner als diese schöne Frau.

Es kann doch dein Ernst nicht sein, begann er nochmals. Du es mir zuliebe, liebe Anna. Komm, kleide dich an, oder meinet wegen Blöße wie du bist, aber begleite mich.

Nein, sagte sie, aller dieser Land ist mir gleichgültig, ich werde überhaupt nicht mehr an solche Orte gehen, die nur dazu dienen, den Leichtsinn zu vermehren.

Da zieht eine interessante Befürchtung vor, wie es schreint, antwortete er, unfähig, länger in seiner Rolle zu bleiben, und diese beschäftigt dich so sehr, daß du keine Zeit behältst, mich eines Blickes zu würdigen. Darf ich fragen, was für ein merkwürdiges Buch das ist?

Es ist eine Schrift deines Bruders, sagte sie, welche die Ursachen angibt, aus welchen Gottestracht und Ehrbarkeit immer mehr abgenommen und der Sünde und Schande Platz gemacht haben, die jetzt alles, was recht und wahr ist, verkippen. Ich kann dir diese Schrift dringend empfehlen, vielleicht findest du darin einen Stoff zum Nachdenken.

Von meinem Bruder! antwortete er. Und auslachend fuhr er die Opernbillsatz, rief sie in Städte und warf sie ihr zu Füßen, indem er sich umwandte und das Zimmer verließ.

(Fortsetzung folgt.)

hat. (Sturm. Brüder!) In all solchen Fällen muss energisch durchgegriffen werden. Noch jetzt, im dritten Kriegsjahre, kommt es vor, daß nach dem alten Schema der politischen Gestaltung von Offiziersaspiranten, ja nach der ihres Vaters und Großvaters gesorgt wird. (Hört, hört!) Möge der neue Kriegsminister, auf den wir große Erwartungen sehen, mit diesem alten Altenstand endgültig anstreben. Er trägt auch die Verantwortung für den Geist in unserem Offizierkorps. Ich habe selber hier in Berlin einen jungen Offizier mit Monodel und einem Schuhkündchen im Arm spazieren gehen sehen. (Zuruf: Einzelheit!) Aber Einzelhändler, die typisch sind für einen gewissen Geist im Offizierkorps. Möge der Kriegsminister dafür sorgen, daß nicht immer dieselben Klagen vorgebracht werden müssen. (Bravo!)

Abg. Gußknecht (Vp.): Die Käufchenverhältnisse im Heere würden sofort besser werden, wenn jeden Tag ein anderer Offizier gewonnen wäre, um selben Tisch mit den Mannschaften dasselbe Essen wie diese einzunehmen. (Sehr gut!) Bei den Beurlaubungen sollte auch auf den Weinbau mehr Rücksicht genommen werden; es fehlt an Leuten, um die Rebians zu bekämpfen.

Abg. Dr. Thoma (nati.): kritisiert, daß Offiziere, die bisher zur Reichsschädigungskommission kommandiert waren, entlassen und dann gewissermaßen als zwangsweise Reichsbeamte in Stößl zu dieser Kommission kommandiert werden sollen. — Unerhört langsam arbeitet das stellvertretende Ingenieurkomitee, bei dem der heilige Bürokratismus wahre Orgien feiert.

Ministerialdirektor Dr. Lewald betont, die Reichsschädigungskommission habe sich so entwickelt, daß eine Neuorganisation Platz greifen müsse.

Oberst Wriesberg: Das Ingenieurkomitee gibt sich als ebedentliche Mühe, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Es werden Hunderthausende von Erfindungen bei ihm angemeldet. Bei Bizefeldwehr Friedrich liegt Querulantenwahn vor.

Abg. Werner (Deutsche Part.): erörtert die Verhältnisse der Maschinenmeister.

Abg. Büchner (Unabh. Soz.): In der Artilleriewerft Spandau wird die Arbeitskraft über alles Maß angespannt. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter werden abgewiesen. Eine Kommission, die versucht, bei General Groener vorstellig zu werden, wurde nicht anerkannt. Wenn man die Waffen- und Munitionserzeugung fördern will, so muß man auch die Wünsche der Arbeiter berücksichtigen, sonst verlassen die tüchtigsten Kräfte die Staatsbetriebe. Die Löhne sind in Spandau sehr niedrig. Besonders geflagt wird über die Kantinenverhältnisse, die Massenspeisung dort wird immer schlechter. Die Lebensmittel werden zu Bucherpriisen angeboten. Die Arbeiter verlangen Übernahme der Kantine in eigene Regie und Beschaffung von billigen Lebensmitteln. Unverständlich ist, warum die Spandauer Arbeiter gezwingt werden, ihr Brot in Spandau zu kaufen, statt dort, wo sie ortsnäher sind. Sehr im argen liegen die sanitären Verhältnisse in den Spandauer Betrieben. Auch die Jahrgangsgenossenschaften von Spandau nach Berlin und äußerer Baugebiet fordern die Arbeiter viel Zeit zu verlieren. Zu dem bestehenden Arbeiterauslaß haben die Arbeiter kein Vertrauen; er ist schon vor dem Kriege gewählt worden. Es ist eine Umgebung des Hilfslösungsgesetzes, wenn jetzt nur vier seiner Mitglieder neu gewählt werden. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Generalmajor Coupette: Angefangen arbeiten müssen wir jetzt alle. (Sehr richtig!) Samstags wird nur beschränkt gearbeitet, in der Hauptstrecke, um die Maschinen wieder instand zu setzen. Beschwerden werden keins richtig untersucht. Die Stückzähne sind durchaus nicht niedrig, aber es ist bei diesem System selbstverständlich, daß einzelne Arbeiter in ihrem Verdienst zurückbleiben. Der Zivilschutz beträgt durchweg nicht unter 1 Mrd. Für die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln sind wir ständig bemüht. In dem Kantinenauslaß werden die Arbeiter vorrangig beim Einfuhr der Lebensmittel mit. In der Stoßversorgung will ich versuchen, eine Tendenz herbeizuführen. Die sanitären Verhältnisse sind auch durchaus nicht so schlecht, wie der Vorredner meinte. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse tun wir unser möglichstes.

Abg. Höhn (Soz.): In der Artilleriewerft in Hanau siegen die Verhältnisse ähnlich wie in Spandau. Besonders schlecht ist die Lage der Arbeitnehmer in den Pulverbauten. Dazu kommt, daß ihnen von den Gemeinden die Familiennunterbringung entzogen wird. — Ganz muß alles genau werden, um die Munitionsherstellung zu fördern, aber es darf die menschliche Arbeiterschaft ebenso wenig überfordern werden wie die Maschinen, sonst geht ihre Arbeitserfüllung wesentlich zurück. Auf die Frage der Arbeiterauslässe in der Vertretung des Kriegsministers leide ich eingeschlagen.

Generalmajor v. Coupette: Die Arbeiterauslässe haben immer im guten Verhältnis mit uns gearbeitet. Nach dem Hilfslösungsgesetz haben wir angeordnet, daß sofort ein Drittel der Mitglieder nach dem Verhältniswahlrecht neu gewählt werden soll. Zum zweiten und dritten Drittel sollen gleichzeitig neu gewählte werden, etwa in zwei Monaten, wenn das erste Drittel nach einer geplanten Wahlzeit.

Abg. Künker (Unabh. Soz.): tritt für den Antrag ein, daß die militärische Entlastung der zu Untertan in das deutsche Heer eingetragenen Ausländer unzureichend veranlaßt werde. Die Prüfung der Staatsangehörigkeit muß mit äußerster Sorgfalt vorgenommen werden. Die sogenannten Staatenlosen zum Märschallamt einzuladen, ist ein Fälscherfehler. (Sehr wahr! bei den Unabh. Sozial.)

Abg. Schöpfkin (Soz.) kommt auf den Punkt des Abg. Herzog vom Sachsen-Anhalt zu Untertan zurück, dem der Ursprung der Rechtfertigung seiner Rechte als Abgeordneter verweigert wurde. Niemand die Bewilligungen des Kriegsministeriums und der Herr. Bundesregierung wagen imstande, den Kriegsminister zu bewegen, den Ursprung zu verlängern. Das ist eine Rechtfertigung des Tempelhofschafers. (Vizepräsident Dr. von Jagt beträgt diesen Ausdruck.) Im Falle Friedrich liegt ein Zeugnis eines bekannten Generals vor. In der 4. Referendumssession und in der 5. viele Leute, die 16 und 18 Monate keinen Ursprung haben. Oberst Wriesberg ist die jülich orientiert worden.

Kriegsminister v. Stein: In der 5. Sitzung kommt es auf den einzelnen Mann an. Darüber, was die Leute an der Front zu tun und zu lassen haben, haben nur die Kommandanturen zu entscheiden. Des Dammes gegen eine Erweiterung meiner Magistratsbefugnisse ist ab. Keine Magistratsbefugnisse geben weiß genug. (Läßt den Schreibergraben, ja entscheidet ein Magistrat des oberen Kriegsgerichts. (Unterbrechung bei den Soz. — Bravo! links.)

Oberst Wriesberg: Ich habe mir gestellt, es gibt keinen Dampfteil, ob überhaupt noch sein Ursprung erneut in und daher bleibt ich.

Abg. Strahl (Soz.): Die Arbeiter in Spandau klagen am ehesten über die Behandlung. Besonders der Kleiner Jäger, über den hier schon oft Klagen vorgebracht sind, hat ihm noch nicht gehendert. — Ich fordere nun den Deutschen Reichstag, besonders von der Seite der Kriegsminister ab, das nach eindrücklicher Aussicht. Die Sache der Verhandlungen und viel zu niedrig vor dem Krieg mit dem ganz verdeckten Verhandlungsspiel gebraucht werden, wären eindeutige Grundlagen eingebracht werden. Die Behandlungen des Abg. Büchner über die sanitären Verhältnisse in den Betrieben in Spandau sind zufriedig genugend, erwarte hier er sehr, daß die Reichsverwaltung für die Arbeiter ganz unfehlbar ist. — Für die Schreibergraben hat die Freiheit in den Verhandlungen durch die Hindenburgregierung in ganz unglaublicher Weise in die Höhe getrieben. Kommen würden ebenfalls billige Lebensmittel freier, so kommen sie nicht bis zu den Arbeitern. Hier liegt der Kriegsminister verdeckt. (Sehr gut! links.)

Abg. Schrödermann (Soz.): Der Kriegsminister hat einen Konsens-Gesetz gegeben. Darum handelt es sich nicht darum, daß jüngstigen Kriegsminister diese Rechte zu geben, sondern der Konsens der Reichsverwaltung zu geben. Der Konsens steht auf dem richtigen Wege zu sein, und der Konsens des Kriegsministers kann ihn nur bestätigen, um dem Konsens weiter zu geben, d. h. die Rechte jüngsten Konsenses zu geben.

Abg. v. Trampmann (Soz.): wendet sich gegen die Führung von Zugtieren aus Russisch-Polen. 40 000 Pferde seien dort weggenommen, so daß ein großer Teil des Alters unbestellt bleibe.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): schlicht sich dem Vorredner an, die besetzten Gebiete werden geradezu ausgeraubt. Das muß uns den denkbaren schlechtesten Ruf verschaffen. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Nechel (Kons.): Von einer Ausräuberung der besetzten Gebiete kann gar keine Rede sein. Es sind auch nicht aus Russisch-Polen, sondern aus allen besetzten Gebieten in Ost und West 40 000 Pferde weggeführt worden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt. Fr.): Von Vorwurf der Ausraubung besetzter Gebiete weise ich ganz entschieden zurück. Noch nie ist von einer Verwaltung soviel für die Bevölkerung getan worden wie von der deutschen in Russisch-Polen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Das Auftreten des Kriegsministers bedauert ich ungemein. Es wird uns aber nicht abhalten, auf dem Wege des Rechts weiter zu gehen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Die Verwaltung in den besetzten Gebieten wird nicht im Interesse der Bevölkerung geführt, sondern es ist ein Raubspiel. (Präsident Dr. Klemperer ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Nun, als einer Broschüre eines deutschen Generalstabsoffiziers aus dem Jahre 1888 geht hervor, daß man in besetzten Gebieten ganz barbarisch vorgehen müsse. (Redner verliest die betreffenden Sätze.)

Kriegsminister v. Stein: Diese anonyme Broschüre kann doch höchstens die Meinung des Verfassers ausdrücken, nicht die einer Verwaltung. Der Verfasser will aber nur zeigen, wie sich die Kriege weiter entwickeln werden, und kommt zu dem Schluss, ob uns das nicht vielleicht näher führt zu dem Zustand eines ewigen Friedens. (Große Heiterkeit.)

Abg. Kreth (Kons.): In erster Linie steht uns das deutsche Heer und die deutsche Heimat. Das Jammer darüber, daß Verbände aus Polen nach Deutschland geführt seien, macht sich jedoch im Munde eines Volksvertreters, der gar nicht genug über die Lebensmittelnot in Deutschland sagt. (Sehr gut! rechts.) Dem Kriegsminister sind wir dankbar für sein manhaftes Auftreten. Also kann auch wohl fragen, ob die Armee nicht mehr mit den Reichstag getan hat, als dieser für die Armee. (Große Heiterkeit.)

Abg. Nechel (Kons.): Als Mitglied der Verwaltung von Litauen muß ich die Aeußerungen des Abg. Cohn entstüst zurückweisen. Wir lassen uns vor dem Grundstück leiten: In erster Linie sorgen wir für die Armee, in zweiter Linie für die Heimat, in dritter Linie für die Interessen des Landes.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt. Fr.): Trotz der Lebensmittelknappheit in Deutschland sind sogar noch Lebensmittel nach Warschau und anderen Städten Polens abgegeben worden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): wendet sich gegen das Auftreten des Kriegsministers und gegen die Ausführungen des Abg. Kreth. Der Kriegsminister habe gar kein Recht, ohne daß ein Beschluss des Bundesrates vorliegt, zu auftreten. (Beifall links und im Zent.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Das Auftreten des Kriegsministers war geeignet zu trennen, nicht zusammenzuführen. Dem Abg. Kreth erwidere ich, daß man Armee und Reichstag nicht in Gegensatz bringen darf, das ist am allerwenigsten angebracht in der gegenwärtigen Zeit. Das Auftreten des Abg. Cohn ist zu bedauern, es gibt eben leider bei uns Leute, die etwas darin suchen, das eigene Vaterland herunterzusehen und das Ausland zu loben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Der Kriegsminister hat sehr wohl das Recht, seine persönliche Aussicht zu sagen, auch wenn ein Bundesratsbesluß noch nicht vorliegt.

Abg. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Der englische Auszugsungangstzrieg ist von den Militärherrschern in immer vorher gesehen worden. (Zuruf: Dogegen treffen wir eben unsere Segensnachfrage!) Tun Sie das wenigstens mit Aufrichtigkeit. (Präsident Dr. Klemperer ruft den Redner für diesen Auszug eines Ordnungsrats.) Ich habe meine Politik immer so eingerichtet, daß wir in diesen Krieg nicht durch deutsche Schuld hineingezogen werden. (Große Unruhe. Präsident Dr. Klemperer ruft die Kriegsministerin zu erklären. Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Schreibergraben: Auch beim Heere haben zahlreiche Zeichnungen freiwillig und aus Patriotismus stattgefunden.

Der Etat des Militärcrats wird genehmigt.

Beim Etat des Reichschaekentes führt

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Beschwerde darüber, daß die Reichsgetreideketten einen Druck auf die Berliner Konsumgenossenschaften zur Zeichnung von Kriegsanleihe ausübt habe.

Schreibergraben: Graf Roeder erklärt sich bereit, den Krieg zu prüfen. Sollte er ja liegen, so könne er das nicht billigen. Das können aber nichts daran ändern, daß die Kriegsanleihe auf den freiwilligen Mitarbeitern des gesamten deutschen Volkes beruht.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Bei den Soldaten sind unglaubliche Druckmittel eingesetzt worden, um Zeichnungen auf Kriegsanleihe zu erlangen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Schreibergraben: Graf Roeder: Auch beim Heere haben zahlreiche Zeichnungen freiwillig und aus Patriotismus stattgefunden.

Der Etat wird genehmigt, eine Reihe weiterer Etats werden abgelehnt.

Der Etat des Reichspostamts im Reichspostamt Grätz: Die Kriegsministerin werden hinsichtlich der Teuerungs zuslage bei der Post nicht anders behandelt wie bei den anderen Reichsbüroden.

Der Antrag Zabel wird abgelehnt, der Postkatalog genehmigt.

Beim Etat der Reichseisenbahnen wendet sich

Abg. Siebenbürgen (Kons.): degegen, daß die Eisenbahner in dieser Zeit den Achtfundtag verlangen.

Abg. Tätsler (Natl.): fordert, daß die Eisenbahner die Verkürzung der Arbeitszeit nicht sofort fordern, sondern für später als Kompensation für die Überanstrengung, die ihnen jetzt zugemutet wird.

Der Etat wird genehmigt, ebenso eine Reihe weiterer Etats.

Es folgt das Etatgesetz.

Abg. Graudau (Soz.): Ich habe im Namen meinen Fraktion folgende Erklärung abzugeben: Der ordentliche Reichstag für 1917 trägt in noch höherem Grade wie der für das Jahr 1916 das Gepräge der ungerechten und einseitigen Belastung des wirtschaftlich schwachen Volkskreises. Von den 1250 Millionen Mark neuer Steuereinnahmen, die er vorschlägt, entfallen mehr als zwei Drittel auf die Besteuerung des Verkehrs und der Kohle. Dadurch erhält der Lebensbedarf der breiten Schichten unseres Volkes, die ohnehin unter der Kriegsteuerung aus schwerster Leidende, eine weitere schwere Belastung. Die Kriegsteuer von 1916 und 1917 hält den Widerhemmern und Bevölkerung eine alljährlich wiederkehrende Abgabensumme von 1½ Milliarden Mark und schenkt den Bevölkerung jede dauernde Verpflichtung gegenüber dem Reich. Diese Steuergepflichtung nimmt keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Schichten unseres Volkes, die ohnehin unter der Kriegsteuerung aus schwerster Leidende, eine weitere schwere Belastung. Die Kriegsteuer von 1916 und 1917 hält den Widerhemmern und Bevölkerung eine alljährlich wiederkehrende Abgabensumme von 1½ Milliarden Mark und schenkt den Bevölkerung jede dauernde Verpflichtung gegenüber dem Reich. Diese Steuergepflichtung nimmt keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Schichten unseres Volkes, und aus die großen Opfer und Entbehrungen, die die Notleidenden zu ertragen haben. Sie stimmt nicht überein mit der oft verkündeten Opferbereitschaft der Bevölkerung, sie dient weder der notwendigen sozialen Pflege der Volkskräfte, noch der eben dringlichen Stärkung der moralischen Kräfte der ganzen Volkgemeinschaft. Sie ist vielmehr lediglich geleistet von dem Bestreben, die Interessen der kleinen Schicht der Bevölkerung, denen der breiten unbemittelten Massen vorangestellt. Von denselben das wahre Volkswohl verfestigenden Auffassungen wird die Erhöhungspolitik der Regierung beeinflußt in der Aufrechterhaltung des Belastungszustandes und der Zensur und in der zögernden Haltung der Regierung zu den Fragen der inneren politischen Reformen.

Abg. Tätsler (Natl.): Durch den von Kriegsminister angeschlagenen Ton werden unsere Gefährte nicht gefordert. Freilich entscheidet der Reichstag nicht allein, aber ebensoviel ein Bundestagsmitglied. Die Vertreter der Militär- und Marineverwaltung waren zu den Ausschusssitzungen geladen, aber leider nicht erschienen. Auch gegen Bezeichnungen von Kommissionen haben schon früher die Neuerungen maßgebender Stellen stattgefunden, auch schon bevor der Bundesstaat Stellung genommen hatte. Es kommt aber aus den Tatsachen, und die Verhältnisse des Kriegsministers waren nicht geeignet, zu einer Einigung zwischen Regierung und Reichstag beizutragen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben ein Recht darauf, es behagdelt zu werden, doch wir uns nicht verlegen dürfen. Wir werden die Weiterentwicklung abwarten. Ist es aber eine richtige Behandlung gegenüber diesen vorzüldischen Reichstag, das bei der ersten Meinungsverschiedenheit mit Schroffheit eindeutiges Verbot vom Bundesstatistischen Komitee, die Herren rechts hin zu setzen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Der Abg. Kreth hat von Trennungspunkten geprägt, mit der seine Freunde in all diesen Dingen bereit gewesen wären, ein Zusammenschließen herbeizuführen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Das gegenüber ist noch einiges geschehen. Ich möchte Ihnen dagegen keinen Vorwurf machen, weil das nur ist. Im übrigen hätten manche Schwierigkeiten im Bereichungsanschluß und diese Debatte möglicherweise verhindert werden, wenn der Reichstag (Lebhafte Beifall links und im Zentrum) eine bestimmte Stellung zu den Fragen eingenommen hätte. (Sehr richtig! rechts.)

Kriegsminister v. Stein: Eine Einladung an die Militär- und Marinebehörden zu den Beratungen des Verfassungsausschusses ist nicht erzielt worden.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe im Namen meines Komitees der Konservativen und Liberalen die Ausschusssitzungen in einer einzigen Sitzung